

Erklärung von Church and Peace zu “Responsibility to Protect (R2P)“

Church and Peace, das europäische Netzwerk der Friedenskirchen, Kommunen, Friedensdienste und Friedensorganisationen hat sich im Rahmen mehrerer Veranstaltungen¹ mit dem Konzept „Responsibility to Protect (R2P – Schutzpflicht)“ und mit der Stellungnahme des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Porto Alegre 2006 auseinandergesetzt. Das folgende Positionspapier überreichen wir dem ÖRK:

1. Jesus Christus ist unser Friede. “Jesus erlitt seinen eigenen gewaltsamen Tod mit Gewaltlosigkeit, und sein Weg bleibt das Modell, dem Christen bei der Überwindung von Gewalt folgen“². Der Ruf in seine Nachfolge bedeutet seine Gewaltfreiheit zu leben. Er ist das Zentrum der Kirche. Seine Gewaltfreiheit bringt das Reich Gottes hervor, wo Friede und Gerechtigkeit regieren. Verwurzt in dieser Vision sind alle Kirchen dazu berufen, den Weg der Gewaltfreiheit zu gehen, den Jesus in der Bergpredigt aufgezeigt hat und selbst gegangen ist.
2. Church and Peace bejaht die Notwendigkeit, Menschen beizustehen, deren Leben bedroht ist und die nach Sicherheit und Schutz verlangen.
3. Church and Peace würdigt die Bemühungen der Vereinten Nationen (UNO) und einiger regionaler Organisationen, dieser Aufgabe gerecht zu werden, indem sie präventive Maßnahmen zur Überwindung von Konfliktsachen ergreifen und nach gewalttätigen Konflikten den Wiederaufbau und den Versöhnungsprozeß unterstützen.
4. Begründet in unserem Verständnis der Nachfolge Jesu und des christlichen Friedensstiftens lehnen wir den Teil des Konzeptes von R2P ab, der den Militäreinsatz zum Schutz von bedrohten Völkern gestattet. Selbst wenn militärische Gewalt nur als “ultima ratio” bereit gehalten wird, beeinflusst dies die Planung der zivilen Aktionen in den früheren Phasen des Konflikts, indem ein unangemessen großer Anteil der für die zivile Hilfe notwendigen Mittel verschlungen wird. Schon die Verfügbarkeit militärischer Mittel verstärkt die übliche Einstellung, dass ein Militäreinsatz die unvermeidliche Lösung ist.
5. Wir bleiben bei unserer Ablehnung jeglicher Gewaltanwendung zur Durchsetzung guter Ziele, und sei es unter dem Vorwand “polizeilicher Gewalt”. In den von R2P angesprochenen Konflikten wird vom Einsatz militärischer Waffen ausgegangen. Diese Waffen würden unterschiedslos beteiligte und unbeteiligte Menschen verletzen und töten. Ihr Gebrauch hat nichts gemein mit den Verfahren, mit denen polizeiliche Einsätze im Rahmen nationaler Gesetzgebung gesteuert werden.
6. Auch in aussichtslos erscheinenden Situationen, in denen angesichts vorherrschender Gewalt der menschlich nachvollziehbare Hilferuf nach wirksamer Gegengewalt bei den Betroffenen und bei uns selbst laut wird, beharren wir auf gewaltlosen Mitteln gegenüber jedem Menschen - Mittel, die uns in der Nachfolge Jesu in reichem Maß zur Verfügung stehen. Wir fordern den verstärkten Einsatz von OSZE-Missionen (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) und eine entschiedene Unterstützung gewaltfreier Interventionen durch Staat und Kirche nach dem Vorbild des Zivilen Friedensdienstes, der Christian-Peacemaker-Teams, des Ökumenischen Begleitprogramms für Frieden in Palästina und Israel und der Internationalen Friedensbrigaden. Gewalt in jeglicher Form kann niemals einen dauerhaften Frieden in Gerechtigkeit erzielen, wohl aber der Weg der Nächsten- und Feindesliebe, zu dem wir aufgerufen sind.
Wir laden alle Kirchen ein, mit uns der Versuchung zu widerstehen, den Gebrauch tödlicher Waffen - selbst als “ultima ratio” - zu rechtfertigen.

¹ Mitgliederversammlung in Barchem im Mai 2008, englischsprachige Regionalkonferenz in Ammerdown im Juli 2008, deutschsprachige Regionalversammlung auf dem Thomashof im November 2008

² Internationale Ökumenische Erklärung zum gerechten Frieden, Erster Entwurf, Ziffer 56